



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Frau Steffi Lemke
11055 Berlin

4. Mai 2022

Ihre Absage an ein Gespräch über die Kritik am geplanten Atommülllager Schacht KONRAD

Sehr geehrte Frau Ministerin Lemke,

Ihre Absage an ein Gespräch mit uns haben wir mit Unverständnis und Befremden zur Kenntnis genommen.

Ganz unabhängig von unserem Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses beim niedersächsischen Umweltministerium sind Sie als Bundesumweltministerin für das Projekt Konrad verantwortlich. Mit der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH ist eine Gesellschaft Vorhabensträgerin für das Atommülllager, die Ihrer Aufsicht untersteht. Selbst wenn im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP eine zügige Fertigstellung und Inbetriebnahme genehmigter Endlager vorgesehen ist, liegt es in der Verantwortung des Bundesumweltministeriums, für eine sichere Lagerung radioaktiver Abfälle zu sorgen, die die Menschen mindestens eine Million Jahre vor radioaktiver Strahlung schützt und nicht an einem Projekt festzuhalten, nur weil es einmal vor 20 Jahren genehmigt worden ist. Es ist offensichtlich, dass Schacht Konrad nicht den heutigen Anforderungen an eine sichere Lagerung radioaktiver Abfälle entspricht und heute nicht mehr genehmigungsfähig wäre.

Wir erneuern deshalb unser Angebot für ein Gespräch und erwarten Ihre Antwort innerhalb der nächsten 14 Tage.

Für die Terminkoordination steht Ihnen Herr Wanke von der Stadt Salzgitter,
Tel.: 0 53 41 / 839-3401, Rainer.Wanke@Stadt.Salgitter.de, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Klingebiel, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter
Matthias Wilhelm, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter
Ulrich Löhr, Niedersächsisches Landvolk Braunschweiger Land
Ludwig Wasmus, Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Heiner Baumgarten, Landesvorsitzender BUND Niedersachsen
Petra Wassmann, KONRAD-Beauftragte des NABU Niedersachsen